

Meinhard Creydt

KRYMANSKIS GESCHICHTEN VON TAUSEND UND EINER JACHT **Zentrale Fehler regressiver Kapitalismuskritik**

Inhalt:

- 1) Eine „Ringburg“ mit vier Ringen
- 2) Der Stellenwert von Netzwerken zwischen Ökonomie und Politik sowie von Lobbyismus
- 3) Ein gängiges Zerrbild vom Kapitalismus
- 4) Kapitalismus als subjektlose Struktur
- 5) Gesellschaftsstrukturen und Gesellschaftstransformation
- 6) Zum Stellenwert von „Macht“ im Kapitalismus
- 7) Stehen nichtöffentliche Interaktionen zwischen hochrangigen Wirtschaftsvertretern und Politikern im Gegensatz zum Grundgesetz?
- 8) Welchem Bewusstsein erscheinen Auffassungen wie die von Krysmanski plausibel?
- 9) Erkenntnisarbeit vs. Sich-Berufen auf „Evidenzen“
- 10) Krysmanski und die Rechten
- 11) Vormoderne Denkweisen
- 12) Schluss

Für viele scheint es verlockend zu sein zu erfahren, „**wer die Fäden zieht**“ in der Gesellschaft (Krysmanski 2009). Antworten zu dieser Frage finden sich seit Jahrzehnten in Berichten über die Bilderberg-Group, die Trilaterale Kommission, Rockefeller und andere finstere Mächte. Verschwörungstheorien nicht unähnlich entwirft auch Krysmanski das Szenario einer Gruppe von „0,1%“, die die Gesellschaft souverän, aber geheim lenke. Die Auseinandersetzung mit Krysmanskis Buch (2011) ist zugleich eine Auseinandersetzung mit beliebten, ebenso populistischen wie regressiven Klischees über die gegenwärtige Gesellschaft. Weit verbreitet ist es, Gesellschaftstheorie durch moralisierende Anklage zu ersetzen, Strukturanalyse durch Personalisierungen und Kapitalismuskritik durch Reichenschelte. Auf den Prüfstand kommt in diesem Artikel die Vorstellung, die „Superreichen“ könnten in den führenden westlichen Nationen das ökonomische Geschehen steuern und die Politik „diktieren“ (Ebd., 162). Gezeigt wird, warum sich aus „Manipulation“ nicht das Bewusstsein der Bevölkerung und aus Bestechung nicht die Akzeptanz der herrschenden Ordnung erklären lässt.

1) Eine „Ringburg“ mit vier Ringen

Krysmanski (2011, 161) konstruiert ein **Machtgebilde** („**Ringburg**“, ebd.), in dessen Zentrum die Geldelite oder die „Superreichen“ steht, in einem um sie gelagerten Ring die „Konzern- und Finanzeliten“, in einem dritten Ring die „politischen Eliten“ und im äußeren vierten Ring die „Funktions- und Wissens-eliten“ (Ebd.). Die „**Geldmacht**“ steht Krysmanski zufolge in der Machthierarchie über der „Verwertungsmacht“. Er geht von der Herrschaft des Finanzkapitals über das produktive Kapital aus (2011, 21, 173). Fundierte Gegenargumente und dieser These widersprechende empirische Analysen finden sich bei Krumbein u. a. 2014, Sandleben, Schäfer 2013, Sandleben 2012, Wendl 2013. Krysmanskis zufolge hat die Macht der Geldelite keine Grenze. Schlecker wäre ein Gegenbeispiel. Es wirft die Frage auf, wie weit die von Krysmanski (2011, 62) angenommene Souveränität der Superreichen und die Position „oberhalb der üblichen Kapitalverwertungsprozesse“ reicht. Die Familie Anton Schlecker hatte 2011 ein Gesamtvermögen

von circa 1,95 Milliarden Euro. Die Insolvenz kam 2012. So etwas kann es eigentlich laut Krysmanski nicht geben. Ebenso wenig die massiven Kursverluste von Finanztiteln in Wirtschaftskrisen.

Auch **Auseinandersetzungen zwischen dem produktiven Kapital und dem Finanzkapital** sind in Krysmanskis Welt nicht vorgesehen. Bspw. kämpften 2007/2008 Unternehmer und Banken „um die Höhe der Zinsen und um die Bereitstellung von Krediten“ (Sandleben 2011, 64) bzw. „um die Aufteilung des Bruttoprofits in Zins für den verleihenden Geldkapitalisten und in Unternehmergewinn (einschließlich Unternehmerlohn) für den borgenden fungierenden Kapitalisten“ (Ebd., 69f.).

Wir kommen nun zum dritten Ring von Krysmanskis Ringburg: Krysmanski stellt sich das **Verhältnis zwischen staatlicher Politik und Ökonomie** wie folgt vor: „Mit diesem Reichtum geht außerordentliche soziale Macht einher – die Macht, Politiker, Publizisten und Professoren einzukaufen, die Macht, die Politik des Gemeinwesens ebenso wie die Politik der Konzerne zu diktieren“ (Ebd., 162). Krysmanskis Darstellung zufolge sind die Politiker im bürgerlichen Staat ohne Lobbyisten orientierungslos und haben, würden sie nicht „eingekauft“, kein Motiv, im Dienst der Kapitalverwertung zu handeln. Der Staat ist im Kapitalismus jedoch Steuerstaat. Seine Angewiesenheit auf Steuereinnahmen setzt eine florierende kapitalistische Akkumulation voraus. Bereits aus dem Interesse der Politiker am Erfolg des bürgerlichen Staates ist ihnen am Gelingen der kapitalistischen Wirtschaft gelegen.

Dass der bürgerliche Staat im Kapitalismus der „Geldmacht“ widerspricht, ist in Krysmanskis Gesellschaftsbild nicht vorgesehen. Könnten ökonomisch Mächtige sich unmittelbar durchsetzen, dann dürfte eine Kartellgesetzgebung nicht existieren, die immer wieder Fusionen verhindert – wie z. B. zwischen Thyssen Krupp und dem indischen Tata-Unternehmen. Würde die Annahme stimmen, dass die Elite unmittelbar zu verfügen vermag über die Politik, dann gäbe es einen relevanten Unterschied zwischen verschiedenen Staaten nicht. In manchen herrscht so etwas wie die Mafia, in anderen existiert sie auch, aber im großen und ganzen dominiert in diesen Ländern der Rechtsstaat und nicht die Korruption.

Die Debatte um den Staat in der kapitalistischen Gesellschaft ist an Krysmanski spurlos vorbei gegangen. Paschukanis' Frage lautete schon 1929: „Warum wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?“ (Paschukanis 1929, 120). Es wäre sinnvoll, die aus heutiger Sicht substanziellen Argumentationen der sog. **Staatsableitungsdiskussion** herauszuarbeiten. Eine Darstellung, die dies nur suboptimal leistet, aber einen Eindruck über die Diskussion vermittelt, findet sich bei Kannankulam 2009.¹ „Die Bedeutung dieser Debatte bestand insgesamt darin, dass sie eine Grundlage lieferte, um vom ökonomischen Determinismus und Funktionalismus loszukommen. [...] Es gibt im Basis-Überbau-Modell keinen Platz, um nach der Form des Staates zu fragen, zu fragen, warum gesellschaftliche Verhältnisse sich zur scheinbar autonomen Form des

¹ Leider geht er auf vergleichsweise weit entwickelte Beiträge wie die von Dieter Sauer (Staat und Staatsapparat. München 1978) sowie Burkhard Tuschling (Rechtsform und Produktionsverhältnisse. Zur materialistischen Theorie des Rechtsstaates. Frankfurt M. 1976) nicht ein.

Staates verfestigen“ (Holloway 1993, 16).

Wir kommen zum vierten Ring von Krysmanskis Modell. Unter der Überschrift „Die **Funktions- und Wissenseliten**“ heißt es gleich im ersten Satz: „In diesem Millionen-Heer von Beratern, Experten, Helfern aus allen Bereichen der Gesellschaft (Wissenschaft, Medien, Kultur, Technik usw.) finden sich auch viele Angehörige der Mittelschichten bis hin zu dienstbaren Geistern, Chauffeure, Physiotherapeuten, Köchen, Sicherheitspersonal“ (Krysmanski 2011, 163f.). Diese Aufwertung zu Angehörigen der Elite wird unter Chauffeuren, Physiotherapeuten und Köchen viel Freude verbreiten.

Krysmanski bezieht sich mit diesem vierten Ring seiner „Ringburg“ auf diejenigen, die infolge von materiellen Privilegien mit der bestehenden Gesellschaft zufrieden seien und sie deshalb verteidigen würden. Diese (häufig auch auf das Verhältnis der Metropolen zum „globalen Süden“) bezogene **Bestechungsthese** vermag nicht zu erklären, warum z. B. in der APO oder in der Bewegung gegen Kernkraftwerke viele engagiert waren, die im Vergleich zu anderen privilegiert sind. Auch in der Geschichte des 20. Jahrhunderts finden wir viele Beispiele dafür, dass vergleichsweise gut bezahlte Arbeiter massenhafte und radikale Kämpfe führten.²

2) Der Stellenwert von Netzwerken zwischen Ökonomie und Politik sowie von Lobbyismus im modernen Kapitalismus?

Krysmanski setzt sich in Bezug auf ein bekanntes Netzwerk zwischen Ökonomie und Politik („**Bilderberger**“) nicht mit naheliegenden empirischen Einwänden auseinander. „Die Tatsache, dass an den Konferenzen zu einem großen Teil jedes Jahr unterschiedliche Persönlichkeiten teilnehmen, wie auch die Tatsache, dass der Zirkel sich nur einmal im Jahr trifft, lassen den Verschwörungsverdacht doch in weite Ferne rücken. Es ist wenig plausibel, dass eine heterogene Gruppe wie Bilderberg eine geheime Weltregierung bilden kann und die Politik der Welt bei ihrer jährlichen Zusammenkunft festlegt und steuert“ (Klößner 2014, 102f.).

Die Auffassung, „das“ Kapital, „die Eliten“ oder „die Reichen“ würden die Politik „diktieren“ (Krysmanski 2011, 162), setzt voraus, dieses Subjekt habe einen einheitlichen Willen und entsprechende Interessen und sei insofern als Kollektivsubjekt handlungsfähig. Die verschiedenen Kapitale stehen in Konkurrenz zueinander, es gibt verschiedene „Kapitalfraktionen“ (z. B. Exportkapital, für die Binnennachfrage produzierendes Kapital). Außer in sehr allgemeinen Fragen (Schutz der kapitalistischen Ökonomie vor politischer Infragestellung) lässt sich häufig keine Einigkeit vorfinden, sondern ein „in sich widersprüchliches Konglomerat von Einzelinteressen“ (Wirth 1973, 38). Martin Behrens (2011) beschreibt instruktiv die „Schwierigkeit,

² „Das Rückgrat der Bolschewiki [...] waren die bestbezahlten und qualifizierten Industriearbeiter in den russischen Städten. Schlechter bezahlte Werkstätige, wie z. B. die überwiegend weiblichen Beschäftigten in der Textilindustrie, waren im Allgemeinen entweder unorganisiert oder unpolitisch [...]. Der deutsche Kommunismus wurde eine Massenbewegung, als 1921 Zehntausende gut bezahlter Metallarbeiter die USPD verließen und der KPD beitraten. [...] Gut bezahlte Facharbeiter waren [...] während der 1930er Jahre in den revolutionären und radikalen Organisationen in den USA überrepräsentiert. [...] In Brasilien waren es die gut bezahlten Metallarbeiter in den ‚ABC‘-Vororten von Sao Paulo, die in den 1970er Jahren Massenstreiks führten, aus denen die Gründung des Gewerkschaftsdachverbands CUT und der Arbeiterpartei (PT) hervorging“ (Post 2007, 32f.).

durchsetzungsstarke Unternehmensinteressen kollektiv zu vertreten“.

„Da die Richtung der Gesamtproduktion nicht bekannt ist, können die staatlichen Maßnahmen also nur reaktiv, a posteriori, im trial-and-error-Verfahren versuchen, bestehende Ungleichgewichte wieder auszugleichen. Diese Ausgleichung nimmt notwendig die Form der Gewährung von Vorteilen für einzelne Gruppen an; damit entstehen mit jeder Krise Konflikte darüber, auf wessen Kosten sie zu lösen sei“ (Wirth 1973, 38f.).³ Bereits *ökonomisch* lässt sich nicht klären, ob eine Schule oder eine Straße mehr lohnt. Ein „in sich konsistentes System staatlicher Planung“ existiert nicht. „Der vorfindliche, auf den ersten Blick chaotisch erscheinende Prozess der Entscheidungsfindung – partikularisiert in verschiedene Ministerien, ohne ausreichende Koordination, ohne gegenseitige Information, z. B. mit bewusster gegenseitiger Behinderung“ – bildet genau die Bewegungsform, mit der „einigermaßen sichergestellt werden kann, dass genug Raum für die Berücksichtigung widersprüchlicher Interessen gelassen wird“ (Ebd., 42f.). Staatliches Handeln im Kapitalismus ist weder als mit Sicherheit zielführend noch nach dem Vorbild eines mit sich einigen Subjekts aufzufassen. Krysmanski setzt seine Vorstellung der mittels des Staates unmittelbar die Geschicke steuernden Geldelite nicht ins Verhältnis zu Debatten um Restriktionen des Staatshandelns oder um ‚Staatsversagen‘.⁴ Auch die **Steuerungsprobleme** in modernen Gesellschaften kommen in Krysmanskis Paralleluniversum erst gar nicht vor. Er malt sich die Welt, wie sie ihm missfällt.

Die kapitalistische Ökonomie ist ein naturwüchsiger Prozess, der nicht von „den Superreichen“ gelenkt wird. Wirtschaftswissenschaftler liegen regelmäßig in ihren Prognosen daneben. Lobbyisten, Wirtschafts- und Politikberatung sowie Organisationen wie z. B. die Bertelsmannstiftung vertreten bestimmte Vorstellungen, welche Wirtschaftspolitik, Infrastrukturentwicklung und Sozialpolitik der ökonomischen Entwicklung am besten dienen. Es gibt **weder eine automatische noch eine sichere Übersetzung der Notwendigkeiten der kapitalistischen Ökonomie in die staatliche Politik**. Ihre Maßnahmen sind umstritten und über ihre Angemessenheit gibt es ständig neue Kontroversen. Die Versuche, Einfluss auszuüben, um bestimmte Maßnahmen durchzusetzen, sind nicht zu verwechseln mit einem Subjekt, das die kapitalistische Ökonomie steuert.

Die verschiedenen Netzwerke und Lobbyisten konkurrieren miteinander. Ihr Wirken kann zu einer Wirtschaftspolitik (wie z. B. der in der Zeit der Präsidentschaft von Trump) führen, über die im nachhinein vielleicht das Urteil entstehen wird, sie sei unter kapitalismusimmanenten Maßstäben kontraproduktiv gewesen. Häufiger wird es sich allerdings so verhalten, dass die Aktivitäten der verschiedenen Netzwerke und Lobbygruppen sich gegenseitig hemmen oder die „Übertreibungen“ von an Sonderinteressen gebundenen Konzepten korrigieren.

³ Guenther Sandlebens (2011) Band über die bundesdeutsche Politik zur „Bewältigung“ der Wirtschaftskrise 2007/2008 bildet ein Beispiel für die Analyse solcher Auseinandersetzungen.

⁴ Ulrich Jürgens schreibt im Rückblick auf die westdeutsche „Staatsableitungsdebatte“: „Ihre Entwicklungsthesen und Restriktionsanalysen lagen – aus heutiger Sicht – gar nicht so schlecht. Viele Schlussfolgerungen wurden von den damaligen Reformern später selbst gezogen. Im Gegensatz zur Zeitströmung wurde Anfang der siebziger Jahre auf die Schranken für die Planbarkeit von Politik und die politische Steuerbarkeit sozialer Prozesse hingewiesen“ (Jürgens 1990, 15).

Lobbyisten eines die gesamte Wirtschaft umfassenden Verbands können sich in ihrem Tun damit legitimieren, dass auch andere Gruppen (Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände) auf die Politik einwirken. Andere Lobbyisten wollen gut Wetter machen für für einzelne Fraktionen der Wirtschaft oder einzelne Branchen auf Kosten anderer Wirtschaftsgruppen. Unternehmer und Lobbyisten beeinflussen einzelne konkrete Entscheidungen (Ansiedlung der Firma x auf Gewerbegebiet y im Unterschied zu der Firma z) und damit Verteilungsverhältnisse, also z. B. die Auftragsvergabe an Firma x statt an Firma z. Die Verwertungsbedingungen und davon abhängig z. B. die Summe des von Kunden insgesamt ausgebbaren Geldes können Unternehmer und Lobbyisten in diesem Verteilungskampf nicht beeinflussen. Das Engagement solcher Lobbyisten vergrößert im für sie günstigen Fall den Anteil an einem gegebenen, zur Verteilung stehenden „Kuchen“ (z. B. staatlicher Aufträge), der auf ein Unternehmen oder eine Branche entfällt.

3) Gängige Zerrbilder des Kapitalismus

Krysmanski zufolge bilden die „Dollarmilliardäre“ das „neue Form des Gottesgnadentum“. Es stehe, „was seine gesellschaftliche Funktionsweise angeht, oberhalb der üblichen Kapitalverwertungsprozesse“ und sei „vornehmlich mit transkapitalistischen Formen der ‚Kapitalvernichtung‘ zwecks Verhinderung von Machtkonkurrenz beschäftigt“ (Krysmanski 2011, 162). Krysmanskis Aufmerksamkeit gilt einer „Raubumverteilung von unten nach oben“ (ebd., 22), nicht der Produktion von Wert. Dieses Konstrukt einer **Ausplünderungsökonomie** fasst den kapitalistischen Reichtum als **Null-Summen-Spiel** auf. Die einen nehmen, den anderen wird's genommen. Warum dieses Spiel nicht schnell an sein Ende kommt und es dann nichts mehr existiert, das es zu enteignen gibt, bleibt Krysmanskis Geheimnis. Er kann dem Leser zudem nicht erklären, warum es überhaupt noch Kapitaleigentümer in produzierende Unternehmen investieren, wenn doch mit der „Geldmacht“ sich viel leichter, sicherer und lukrativer Erfolg erzielen lasse.

Krysmanski steht in der Tradition der Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus. Im SED-Standardwerk „Imperialismus heute“ heißt es: „Für die staatsmonopolistische Form des Kapitalismus ist aber gerade typisch, dass seine ökonomische Entwicklung unmittelbar mit der Tätigkeit eines umfangreichen organisatorischen Instrumentariums verflochten ist, mit dessen Hilfe die Wirtschaft von den Monopolen gelenkt wird“ (Autorenkollektiv 1968, 161). Die Macht der Monopole sei über ökonomische Gesetzen (Marktgesetze, Wertgesetz, Ausgleich der Profitraten u. a.) erhaben, rangiere mithin „oberhalb der üblichen Kapitalverwertungsprozesse“ (Krysmanski 2011, 162). Zugrunde liegt die seit Lenin populäre Vorstellung, das Monopol habe die Konkurrenz abgelöst. Krysmanski setzt sich nicht mit der Kritik⁵ an dieser Meinung (vgl. z.B. Altvater 1975)

⁵ Die **Abschottung des Monopolisten** gegen den Zustrom anderen Kapitals in seine Produktionssphäre ist auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. „Selbst in der Ölwirtschaft – wo heute (2013) gewaltige Summen für den Neueinstieg erforderlich sind – gibt es kein umfassendes und weltweit wirkendes Kartell. Es kommen immer wieder neue Ölförderer hinzu, und es gibt bei der Exploitation neuer Ölfelder, bei der Nutzung neuer Ölfördertechniken usw. einen erbitterten Konkurrenzkampf“ (Sandleben, Schäfer 2013, 55).

Kartelle – als Vorformen von Monopolen – werden häufig von innen aufgesprengt. Die im Kartell zusammengeschlossenen Kapitale konkurrieren untereinander um Anteile an der Produktionsmenge und an Erlösen. „Es genügt, dass technische Verbesserungen, Erfindungen oder eine Ausweitung der Kapazität Veränderungen im Kräfteverhältnis dieser Firmen hervorrufen, damit diejenige, die sich in der Konkurrenz am stärksten fühlt, das Abkommen in der Absicht bricht, einen höheren Marktanteil zu erobern“ (Mandel 1972, 546).

auseinander. Die **Macht von Monopolen im modernen Kapitalismus ist begrenzt**. Sie „wird in der Konkurrenz immer wieder abgebaut, wobei durchaus die Möglichkeit besteht, dass aufgrund besonderer Bedingungen das Schwinden von monopolistischen Profiten sich über längere Zeiträume verzögert, dass die Wirkungsweise des Wertgesetzes sich also nur modifiziert durchsetzt“ (Altwater 1975, 188). „Das Wertgesetz begrenzt also monopolistische Machtentfaltung, die Monopolmacht kann niemals an die Stelle des Wertgesetzes treten. Aber sie modifiziert seine Durchsetzung. Sie wirkt dahin, dass sich die Bewegungsgesetze der Produktionsweise eben nur als Tendenzen durchsetzen“ (Ebd., 190).

Krysmanski behauptet: „Macht drängt dazu, sich zu Machtmonopolen zu verdichten“ (Krysmanski 2011, 271), als ob die Zentralisation und Konzentration des Kapitals die **Konkurrenz** und die Antagonismen zwischen den Kapitalen aufhebe. Auch von Gegensätzen zwischen Nationen will Krysmanski in seiner Rede von der „transnationalen Klasse“ der Superreichen nichts wissen (Ebd., 276).

Anhänger der Auffassung vom „Monopolkapitalismus“ können nicht beantworten, warum die **Profitraten der Monopole** nicht steigen, obwohl es sich bei ihnen doch um die Mächtigsten der Mächtigen handele. „Empirische Untersuchungen (konnten – Verf.) für Deutschland nachweisen, dass die Legende einer Hierarchie der Profitraten – also strukturell höhere Profitraten der zu Monopolen titulierten Großunternehmen – vor der ökonomischen Wirklichkeit keinen Bestand hatte (Saß 1978). Stephan Krüger vermerkt in seinen eigenen empirischen Untersuchungen auf Basis des amtlichen statistischen Materials, dass diese Untersuchungen ‚eher das gerade Gegenteil‘ der Monopoltheorie oder der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zeigen, ‚nämlich eine gemein niedrigere Profitrate großer Kapitalgesellschaften‘ (Krüger 2010, 138)“ (Wendl 2013, 67).

Die kapitalistische Ökonomie findet in Luxus und Wohlleben der Reichen bzw. in ihrem konsumtiv genutzten Privateigentum weder ihren Zweck noch ihre Ursache. Die Ursache für die Kapitalakkumulation besteht nicht in der Gier der Reichen, sondern in einem der kapitalistischen Ökonomie immanenten Widerspruch (s. Abschnitt 4, Pkt. a). „Natürlich genießt auch der industrielle Kapitalist [...], aber sein Genuss ist nur Nebensache, Erholung, untergeordnet der Produktion, dabei berechneter, also selbst ökonomischer Genuss, denn er schlägt seinen Genuss zu den Kosten des Kapitals, und sein Genuss darf ihm daher nur so viel kosten, dass das an ihm Verschwendete durch die Reproduktion des Kapitals mit Gewinn wieder ersetzt wird. Der Genuss ist also unter das Kapital, das genießende Individuum unter das kapitalisierende subsumiert, während früher das Gegenteil stattfand“ (MEW-Erg.bd. 1, 556). Im Unterschied zu einer Ausplünderungsökonomie steht im Kapitalismus der private Konsum der Reichen im gleichen Verhältnis zur Re-Investition der Gewinne in mehrwertverheißende Anlagen wie die Portokasse zum produktiv (d. h. mit dem Ziel der Mehrwertvermehrung) angelegten Kapital.

Privat konsumierter Reichtum und Kapital sind zweierlei. Kapital existiert nur, indem es sich vermehrt. Kapitalakkumulation ist Produktion von Mehrwert um der Anlage des Mehrwerts in Mehrwert erzeugender Produktion willen. Die Konsumtion (ob nun der Armen oder der Reichen) bildet weder die Ursache noch das Ziel *dieser* Produktion. Bei der Schaffung mehrwertproduktiv zu investierenden Mehrwerts handelt es sich um einen selbstbezüglichen und sich notwendig unendlich fortsetzenden Prozess ohne äußeren Zweck. Was aus diesem Prozess an die Kapitaleigentümer für deren private Konsumtion abfällt, stellt einen Nebeneffekt dar. Das Motiv der Teilnahme von

Kapitalisten am Prozess der Kapitalverwertung und die ihr eigene Logik sind zweierlei.

In Krysmanskis Buch kommen diese Ursachen für die kapitalistische Akkumulation nicht vor. Stattdessen erklärt er die Ökonomie subjektivierend und moralisierend damit, dass „es Menschen in erster Linie um Bereicherung geht“ und stimmt dem englischen Ausdruck „Greed-Society“ (**Gier-Gesellschaft**) zu (Krysmanski 2011, 179). Die Akkumulation erklärt Krysmanski so: „Mit dem Geld steigt das Konsumniveau. Man hat mehrere Häuser, eine Jacht und so weiter. Das ist die Ebene, auf der sich Manager bewegen, auf der sie mithalten müssen. [...] Investmentbanker haben mit Superreichen zu tun, die sich mal eben bei Sotheby's einen Cezanne für 90 Millionen ersteigert haben [...]. Wie die Superreichen leben, können wir uns nicht vorstellen. Das ist eine komplett andere Welt, egal, was diese erzählen. Und die Manager möchten da rein!“ (Krysmanski 2011, 178). Was hier geboten wird, ist **Kapitalismuserklärung im Geiste von Celebrity Gossip**.

4) Kapitalismus als subjektlose Struktur

Krysmanski kann auf Akzeptanz rechnen bei Lesern, die meinen, Profit werde heute nicht mehr in der Verwertung der Arbeitskraft, sondern v. a. a) in der Finanzspekulation, b) im Vermieten von Wohnungen, c) in Internetkonzernen erzielt. Solche Auffassungen ignorieren lesenswerte Analysen dieser Felder, die zeigen, dass es sich keineswegs um „transkapitalistische“ Aktivitäten handelt (Krysmanski 2011, 162).⁶

Zur Auseinandersetzung mit Krysmanskis Orientierung, Kapitalismustheorie nicht als Wert- sondern als Machttheorie zu formulieren (vgl. zur Kritik dieser weit verbreiteten Verschiebung Wendl 2013), ist es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, was den Kapitalismus als subjektlose Struktur (oder: **Struktur von Strukturen**⁷) und als „**objektive Unintentionalität**“⁸ ausmacht. Genau das auszublenden, darin besteht ein grundlegender Mangel der regressiven Kapitalismuskritik. Krysmanski zufolge bestimmen die „Superreichen“ durch ihre Macht unmittelbar, was in der Gesellschaft passiert. Krysmanski bedient Stammtischvorstellungen von Macht, die gebunden bleiben an einzelne Individuen als mächtige Strippenzieher: „Die gleiche

⁶ Zum Finanzkapital vgl. oben den zweiten Absatz von Abschnitt 1. Zur Erklärung der Profite des Wohnungskapitals und zur Frage, wie sie sich auf den Gesamtprozess der Kapitalverwertung beziehen, vgl. Bleicher 1982, Sandleben 2013. Zur Frage, woher die Profite von Amazon, Google, Facebook u. a. *Internetkonzernen* stammen, vgl. Krämer 2004 und 2017.

⁷ „Marx arbeitet [...] nicht [...] mit der ‚Deduktion‘ einer Kategorie aus einer anderen. Er arbeitet vielmehr die Funktion eines Elements innerhalb einer Struktur oder einer Struktur innerhalb eines Systems heraus und stellt die Ordnung dieser Funktionen dar“ (Godelier 1970, 18). Ein Beispiel: Dass die meisten Produkte und Dienstleistungen, die für die Existenz der Individuen notwendig sind, zu Waren werden und Märkte in der Gesellschaft eine zentrale Rolle einnehmen, setzt voraus, dass die Arbeitskraft zur Ware wird. Das wiederum setzt die Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln voraus.

⁸ „Die **Unintentionalität der kapitalistischen Entwicklung** beruht nicht darauf, dass die Akteure nicht wissen, daß sie mit ihrem Tun diese Gesellschaft produzieren. Selbst wenn sie es wüssten, könnten sie innerhalb der institutionellen Rahmenbedingungen des Kapitalismus an der objektiven Unintentionalität der Entwicklung nichts ändern. Generell beruhen nichtbeabsichtigte Nebenfolgen des Handelns nicht darauf, dass die betreffenden Handelnden sich ihrer Folgen nicht bewußt sind, sondern auf einer bestimmten Art und Weise, in der ihre Interaktion strukturiert ist“ (Eberle 1981, 120).

Person sitzt im Aufsichtsrat der Citibank, der Metropolitan-Opera, in der Trilateralen Kommission und der Guggenheim-Foundation und trifft auf Personen, die in ähnlichen Netzwerken zu Hause sind. Wenn zwei solche Leute sich treffen und an der Bar einen trinken, können in diesen ‚Direktoraten‘ auf informelle Weise weitreichende Entscheidungen fallen und Weichen gestellt werden“ (Krysmanski 2011, 176). Ohne Begründung gibt Krysmanski die steile These vom „Zusammenbrechen innerkapitalistischer, ökonomischer Regulationssysteme“ als Tatsache aus.

Der kapitalistischen Ökonomie sind bestimmte **Gesetze und Strukturen** eigen. Ich konkretisiere dies an zwei Beispielen: a) Die Kapitalakkumulation muss auf erweiterter Stufenleiter fortgesetzt werden. Ohne solches **Wirtschaftswachstum** verhält sich die Ökonomie wie ein Fahrrad. Es bleibt nur im Gleichgewicht, wenn es in Bewegung ist. Sich selbst erhalten kann die kapitalistische Ökonomie nur durch Wachstum. Die Notwendigkeit des Wachstums der Kapitalverwertung resultiert aus einem ihr immanenten Widerspruch: Es gilt, den durch den geringeren Anteil von lebendiger Arbeit (an den Gesamtaufwendungen für die Produktion) verursachten Fall der Profitrate (als Verhältnis zwischen Mehrwert und insgesamt aufgewandtem Kapital) durch Zunahme der Profitmasse zu kompensieren. Die Nachfrage nach Arbeit muss absolut zunehmen, weil sie relativ sinkt.

Zu unterscheiden ist zwischen diesen „immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion“ und der Konkurrenz. Sie stellt nicht die Ursache der Akkumulation dar, sondern die Form, in der die immanenten Gesetze sich „dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend“ machen (MEW 23, 286). Die Konkurrenten bewegen sich wie auf einer nach *unten* laufenden Rolltreppe. Sie müssen strampeln, um nicht nach unten gezogen zu werden. Durch ihr Treten gewinnt die Rolltreppe aber nur noch mehr an Bewegung.

b) Die kapitalistische Ökonomie gerät in die **Krise**, wenn es zu einer Überproduktion von Kapital kommt, das nicht mehr profitabel angelegt werden kann, und zu einer Überproduktion von Waren, die sich nicht mehr verkaufen lassen. Der in der Produktion produzierte Mehrwert wird im zweiten Fall nicht realisiert. Die Nachfrage kann – anders als Appelle zur Steigerung der Kaufkraft suggerieren – im Kapitalismus nicht einfach beliebig vermehrt werden. Zwar bedarf das Kapital der Nachfrage, um den produzierten Mehrwert auch zu realisieren. Andererseits bleibt die Erhöhung der zahlungsfähigen Nachfrage abhängig von einer Produktion, in der das variable Kapital, also das in Beschäftigung von Lohnarbeitern umgesetzte Kapital, so eingesetzt wird, dass es genügend Mehrwert erzeugt und erst insoweit auch Arbeitskraft beschäftigt. Nur unter diesen Bedingungen kann dann auch erst konsumtive Nachfrage entstehen (vgl. MEW 25, 500). Die Wirtschaftskrise bildet eine Grenze für alle Ambitionen, die kapitalistische Ökonomie lenken zu können.

Den für die kapitalistische Ökonomie charakteristischen Strukturen und Teufelskreisen sind auch die Kapitalisten, „die Reichen“, die „Eliten“ usw. unterworfen. Sie haben keine „Souveränität“, wie Krysmanski meint, über diese Gesetze. Sie stehen nicht „oberhalb der üblichen Kapitalverwertungsprozesse“ (Krysmanski 2011, 162). Es gibt kein den Kapitalismus autonom lenkendes Souverän. In der kapitalistischen Ökonomie spielen **sich selbst reproduzierende und positiv rückkoppelnde Strukturen die entscheidende Rolle.**⁹ Das Funktionieren eines

⁹ Ein Beispiel dafür: „Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eigenen Füßen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern

gesellschaftlichen Systems¹⁰ bemisst sich nicht nur an seinem Output. Darüber hinaus bringt es Resultate hervor, die zu seiner Voraussetzung umschlagen. Es generiert und reproduziert bestimmte Trennungen und Verhältnisse, die zu seinem Funktionieren notwendig sind.

Allerdings bildet die kapitalistische Ökonomie **kein geschlossenes System** und kann einige ihrer Elemente (Geld, Arbeitskraft, Natur) nicht selbst erzeugen. Marx' „Kapital“ enthält „eine systematische Übersicht über die Ansatz- oder Einbruchstellen, an denen die moderne Politik in die kapitalistische Ökonomie hineinreicht“ bzw. „hineinreichen muss“ (Krätke 1998, 152).¹¹ Die Aussage, der Kapitalismus sei nur als politisch-ökonomisches System lebensfähig, ist jedoch erst dann richtig, wenn sie nicht davon absieht, dass der Erfolg staatlichen Handelns im Kapitalismus die Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Ökonomie zur Bedingung hat. Dem Staatshandeln kommen keine beliebigen Freiheitsgrade gegenüber der Ökonomie zu. Es flankiert die kapitalistische Ökonomie und springt als Lückenbüßer dort ein, wo erstere bestimmte ihrer Bedingungen nicht zu reproduzieren vermag.¹²

Gesellschaftsstrukturen resultieren nicht aus der Interaktion von Individuen, sondern geben den Rahmen für diese Interaktionen vor. „Die expansive Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise kann nicht aus den Absichten ihrer ‚Träger‘ begriffen werden, vielmehr sind diese analytisch auf die strukturdeterminierten Handlungsmöglichkeiten und -imperative zu beziehen. Gesellschaftliche Prozesse vollziehen sich über das Handeln menschlicher Subjekte, gleichsam ‚durch ihr Bewusstsein hindurch‘, ohne deshalb auf Bewusstsein und Intentionalität zurückführbar zu sein“ (Koczyba 1979, 184). Adorno unterscheidet zu Recht Gesellschaftstheorie von einer Geisteswissenschaft. „Die Fragen, mit denen sie sich zu beschäftigen hat, sind nicht wesentlich und primär solche des Bewusstseins oder auch selbst Unbewusstseins des Menschen, aus denen die Gesellschaft sich zusammensetzt. Sie beziehen sich vorab auf die Auseinandersetzung zwischen Menschen und Natur und auf objektive Formen der Vergesellschaftung, die sich auf den Geist im Sinn einer inwendigen Verfassung des Menschen keineswegs zurückführen lassen“ (Adorno 1979, 481f.).

5) Gesellschaftsstrukturen und Gesellschaftstransformation

reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter“ (MEW 23, 742). „Als Resultat des Produktions- und Verwertungsprozesses erscheint v. a. die Reproduktion und Neuproduktion des Verhältnisses von Kapitalist und Arbeiter. Dies soziale Verhältnis, Produktionsverhältnis, erscheint in fact als ein noch wichtigeres Resultat des Prozesses als seine materiellen Resultate“ (Marx 1974, 596). Vgl. a. MEW 23, 595f. und 603.

¹⁰ Zu den zu vermeidenden Fallen bei der Rede von gesellschaftlichen Systemen vgl. Creydt 2015, 76-81.

¹¹ Vgl. bspw. die institutionelle Absicherung des Geldes, die den Arbeitsmarkt ergänzenden und unterstützenden Institutionen, die Beschränkung kurzfristig profitabler, langfristig ruinöser Ausbeutung der Arbeitskraft durch Regelungen des Produktionsprozesses, die Schaffung gleicher Konkurrenzbedingungen für die Kapitale u. a. Das Verhältnis zwischen der kapitalistischen Ökonomie und dem Staat ist dadurch charakterisiert, dass nicht nur deren externe Bedingungen, sondern einige seiner Elemente selbst staatlich generiert werden müssen.

¹² Zur Auseinandersetzung mit der These vom Staat als die kapitalistische Ökonomie einrichtenden gesellschaftlichen Supersubjekt vgl. Creydt 2015, 62-75. Diese These wird v. a. von der Marxistischen Gruppe bzw. dem Netzwerk um die Zeitschrift „Gegenstandpunkt“ vertreten.

Die Aufmerksamkeit für die gesellschaftlichen Strukturen und Formen impliziert nicht die Position, die Strukturen seien ewig und widerspruchlos. Die kapitalistische Ökonomie weist einen „**Doppelcharakter**“ auf. Zur Verwertung des Kapitals müssen (subjektive und objektive) Produktivkräfte entwickelt und genutzt werden. Sie beinhalten Potenzen, erfordern Vorleistungen und regen möglicherweise Nachverarbeitungen und Erfahrungen an, die in vielfältige Spannungen geraten können zum Verwertungskriterium. Ich habe in Creydt 2014, 35-118) materialiter ausgeführt, welche Gruppen und welche Widersprüche dafür gegenwärtig infrage kommen. Vgl. a. Creydt 2019, 28-41.

Viele Arbeitende wollen mit ihren Fähigkeiten und Qualifikationen etwas gesellschaftlich Sinnvolles schaffen. Mit der Landwirtschaft Befasste merken, dass die kapitalistische Ökonomie der Landwirtschaft nicht gut tut. Die jährliche Demonstration zur grünen Woche in Berlin mit 25.000 Teilnehmern bildet ein auffälliges Zeichen dafür, wie sich dieser Gegensatz bereits heute politisch artikuliert. Ärzte bemerken, dass Arbeitsbelastungen und schlechte Umweltbedingungen der Gesundheit schaden. Ärzte nehmen Anstoß daran, an den Folgen einer Wirtschaftsweise herumdoktern zu müssen, die unablässig eine solche Schwächung und Belastung der menschlichen Physis und Psyche verursacht, welche mit der natürlichen Anfälligkeit und Endlichkeit keineswegs zu verwechseln ist. Ökonomiekritik findet sich dann auch in den Programmen von kritischen Fraktionen in den Ärztekammern (z.B. in Berlin die „Fraktion Gesundheit“). In der Bevölkerung ist die Aufmerksamkeit groß für den Unterschied, ob jemand seine Arbeit primär deshalb macht, weil er sich *für* sie interessiert oder weil er finanziell *an* ihr interessiert ist. In *Betrieben* finden *Auseinandersetzungen* statt. Die in diese Konflikte einfließenden Motive und Erfahrungen resultieren aus für die moderne kapitalistische Arbeitswelt charakteristischen *Gegensätzen* zwischen

- den Fähigkeiten der Arbeitenden, die in der Berufsausbildung oder durch praktische Erfahrung entstanden sind, und den diese Fähigkeiten nur beschränkt abrufenden Arbeitsanforderungen;
- den Vorstellungen vom sinnvollen Produkt der Arbeit einerseits, den Arbeitsbedingungen (gebrauchswertabträgliche Arbeitshetze und Einsparoffensiven bspw.) sowie den tatsächlich zu erarbeitenden Produkten, die oft minderwertige oder inhaltlich problematische Gebrauchswert darstellen, andererseits.

6) Zum Stellenwert von „Macht“ im Kapitalismus

Die Diagnose, der zufolge Eliten *mehr* Macht haben als die „kleinen Leute“, sagt etwas aus über einen Vergleich, der zwischen zwei Gruppen angestellt wird. Ein solcher Vergleich sagt nichts aus über das, was „Macht“ in der Gesellschaft ist.

Die Macht von Unternehmern und Managern verdankt sich nicht primär Machtvorteilen, die sie gegenüber anderen Gruppen haben, sondern resultiert aus Prozessen, die auf einer anderen „Ebene“ zu verorten sind. Bereits im Modell von der Marktwirtschaft, die noch keinen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital enthält, ist die **Verselbständigung des abstrakten Reichtums** angelegt, die dann *auch* zu diesem Gegensatz führt, aber im Unterschied zur Auffassung von Klassenkampf-Marxisten in ihm nicht kulminiert (vgl. dazu Creydt 2000, Teil 2). Die Unternehmer haben Macht in ihrer Funktion als Repräsentanten oder Funktionäre dieses abstrakten, sich gegenüber allen Beteiligten verselbständigenden Reichtums. Die Unternehmer haben Macht weder aus eigener Kraft noch „als politische oder theokratische Herrscher“ (MEW 25, 888). Eine zentrale Bedingung der

Überwindung des vertikalen Gegensatzes (zwischen dem Kapital und den von ihm Abhängigen) liegt in den Veränderungen auf der horizontalen Ebene – also z. B. zwischen verschiedenen Belegschaften und Professionen, zwischen Produzenten und Kunden. (Vgl. Creydt 2014, 2016).

Die Frage nach der Macht einer Personengruppe verbleibt oft im Horizont des formell freien Willens. Ihn charakterisiert, ein enormes Selbstbewusstsein bzw. eine hohe Meinung von der Bedeutung des eigenen Willens zu haben und zugleich ein geringes Bewusstsein von den Inhalten, die er materialiter aufweist. Im **formell freien Willens** ist „beides enthalten, die freie von allem abstrahierende Reflexion und die Abhängigkeit von dem innerlich oder äußerlich gegebenen Inhalte und Stoffe“ (Hegel 7, 66). Die Mächtigen in der gegenwärtigen Gesellschaft beziehen sich mit ihren Lageeinschätzungen und den Kriterien ihrer Entscheidungen faktisch auf bestimmte Regelmäßigkeiten und Gesetze, die vom Willen und der Macht der „Eliten“ unabhängig sind und von ihnen nicht beliebig verändert werden können. Die „Eliten“ verfügen nicht über diese Strukturen. Sie haben keine Eigenmacht ihnen gegenüber. Reiche und Arme, Kapitalisten und Arbeitskräfte sind im Kapitalismus Strukturen unterworfen, über die sie nicht zu bestimmen vermögen.

Gewiss existieren Vorteile der Kapitaleseite gegenüber der Seite der Arbeitskräfte in Bezug auf die Interessendurchsetzung im Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital.¹³ Daraus folgt aber noch kein hinreichendes Verständnis davon, was „Macht“ als Begriff am Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit trifft. Macht zu haben, steht per definitionem im Kontrast zum Befolgen von Zwängen. „In dem Maße [...], wie Unternehmen dem ökonomischen Rentabilitätskalkül folgen müssen, lassen sie sich von [...] ökonomischen Umweltdaten leiten, **agieren also nicht autonom, sondern gemäß strukturellen Zwängen**. Wenn bspw. ein Großunternehmen ein Zweigwerk schließt oder ein geplantes neues Werk doch nicht baut, weil die Gewinnaussichten nicht danach sind, übt das Unternehmen keine Macht aus – auch wenn das von der Seite der dadurch negativ Betroffenen, die daran interessiert sein müssen, es zumindest so erscheinen zu lassen, als ob das Unternehmen auch anders entscheiden könnte, so dargestellt wird. ‚Investitionsstreik‘ ist also eine irreführende Bezeichnung. Die Unternehmen können in derartigen Situationen gemäß kapitalistischer Rationalität gar nicht anders als nicht investieren. Gerade diese Unfreiwilligkeit sichert die durchschlagende Wirkung, die bereits der politischen Antizipation eines derartigen Handelns zukommt. Diese Drohung mit der eigenen Ohnmacht und der ‚Ansteckungsgefahr‘ für die Politik ist der Trumpf der kapitalistischen Ökonomie, der im Konfliktfalle jedes andere gesellschaftliche Interesse aussticht“ (Schimank 1983, 18f.).

7) Stehen nichtöffentliche Interaktionen zwischen hochrangigen Wirtschaftsvertretern und Politikern im Gegensatz zum Grundgesetz?

Eine Ursache für die von Krysmanski angestellte Skandalisierung von Interaktionen zwischen hochrangigen Wirtschaftsvertretern und Politikern liegt in einer beliebten Verschiebung und Ersetzung. Die Frage, wie die Wirtschaftsprozesse – anders als in der kapitalistischen Ökonomie und in der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ – einer demokratischen Gestaltung unterworfen werden können, bleibt ungestellt. An der Stelle dieses Mangels finden wir eine Kombination von zwei Positionen vor. Die erste besteht in der empörten Kritik daran, dass

¹³ Es handelt sich z. B. um die größere Schwierigkeit zur Koalitionsbildung schon auf Grund der größeren Zahl und um die geringere Rücklagenbildung der Lohnabhängigen.

Elitentreffen „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ stattfinden (Klößner 2014, 105). (Klößner sagt nicht genau, was er damit meint, aber die Teilnahme von Zeit-Journalist Matthias Naß (mehrfach) und von Jürgen Trittin (ein Mal, 2012) an Bilderberg-Treffen reicht ihm nicht.) Diese Beanstandung gilt weniger den Interaktionen zwischen hochrangigen Wirtschaftsvertretern und Politikern als dem Fehlen von öffentlicher Beobachtung. Ihre Wucht erhält diese für sich genommen doch recht zahme Mängelrüge erst aus einer meist nur implizit unterstellten und verständlicherweise nicht explizit begründeten These. Sie lautet: Unserem allgemein geteilten Verständnis von Demokratie zufolge soll das Treiben von sog. Funktionseleiten öffentlicher Kontrolle unterliegen. Diese im linken mainstream weit verbreitete These spart sich notorisch die Auseinandersetzung mit dem Inhalt des Grundgesetzes.

Das Grundgesetz konkretisiert die allgemeine Handlungsfreiheit in der Freiheit des Privateigentums und schließt eine gesamtgesellschaftliche Steuerung der Wirtschaft durch demokratische Gremien kategorisch aus. Das gilt auch für den gern zitierten, die Sozialisierung betreffenden Artikel 15 des Grundgesetzes. Es handelt sich um eine Ausnahmvorschrift. Einzelnes Privateigentum kann enteignet werden, wenn der Eigentümer sich weigert zu verkaufen und falls damit Schaden für Belange droht, die für die Entfaltung des bürgerlichen Gemeinwesens notwendig sind (z. B. Straßenbau, Gewerbeansiedlung). Die Sozialisierung unterliegt vielfältigen Einschränkungen und ist an die Entschädigung des Kapitals gebunden, das, der besonderen materiellen Güter enteignet, nun anderwärtig, in seiner allgemeinen Gestalt als Geld, investiert werden können muss. Die Sätze „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“ (GG Artikel 14.2) sind im Kontext der Vorstellung zu verstehen, im normalen Gang der bürgerlichen Gesellschaft resultiere das Allgemeinwohl primär gerade daraus, dass die Bürger ihre Privatinteressen verfolgen und mit ihrem jeweiligen Eigentum (Kapital, Arbeitskraft u. a.) wirtschaften (Mandeville-Paradox). Es ist eine Selbst- und Fremdtäuschung, die Kritik am vermeintlich autonomen Schalten und Walten von Unternehmern mit dem in der BRD hegemonialen Demokratieverständnis legitimieren zu wollen. Der Trick, in das Grundgesetz ihm fremde Inhalte hineinzuschmuggeln und sich dann zur Absicherung der eigenen Vorstellungen auf das so verfälschte Grundgesetz zu berufen, bleibt rhetorisch. Dieser Trick bildet das Symptom einer Übersprungshandlung. Wer so etwas wie die tatsächlich komplizierte gesamtgesellschaftliche demokratische Gestaltung der Ökonomie nicht zu denken vermag, überspringt dieses Problem mit einem Fabulieren. Es suggeriert, die Antwort auf die Frage sei bereits im Rahmen der gegebenen Verfassung möglich. Wo so vieles anders werden soll, beruhigt die Auskunft, alles könne im Rahmen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bleiben.

8) Welchem Bewusstsein erscheinen Auffassungen wie die von Krysmanski plausibel?

Gruppen zu identifizieren, die vermeintlich „die Fäden ziehen“, ist eingängiger als die Analyse von Gesellschaftsstrukturen und als das Nachdenken über die Ursachen ihres Fortbestehens. Die Vorstellung einer Herrschaft mittels „kaufen“ und „korrumpieren“ verlangt keinen großen geistigen Aufwand. Gesellschaft erscheint vielen als unverständlich, das bildet den Kontrasthintergrund, vor dem sich solche Komplexitätsreduktionen positiv abheben.

Wenn die Gesellschaft heute faktisch von wenigen tausend Leuten oder „0,1%“ (Krysmanski 2012) gelenkt werde, dann – so der Schluss, der solche Vorstellungen attraktiv macht – sei dies doch leicht auch durch andere Gruppen möglich, die sich an einer „sozialeren“ Politik orientieren. Die Frage,

wie kollektive Handlungsfähigkeit gegen „die Eliten“ sich herausbilden kann, scheint mit Krysmanski leicht beantwortbar: Lasst Euch nicht bestechen, bleibt sauber gegenüber den Vereinnahmungen seitens der „0,1%“ (Ebd.). Wer allerdings von „**Eliten**“ spricht, traut den „Massen“ meist wenig zu. Schon an C. Wright Mills, auf dessen Arbeiten sich Krysmanski positiv bezieht, wurde bemerkt: „Seine Untersuchung entwirft insgesamt ein pessimistisches Bild einer von Korruption, Manipulation und seichter Unterhaltung geprägten ‚Massengesellschaft‘“ (Krais 2001, 52).

Krysmanski bedient die dem Alltagsverstand naheliegende **personalisierende Auffassungsweise**. Ihr Mangel besteht darin, die „Verhältnisse zu übersehen und alles aus dem Willen der handelnden Person zu erklären“ oder „Personen wirken“ zu sehen, wo „Verhältnisse wirken“ (MEW 1, 177). Im Unterschied dazu macht die Gesellschaftsstrukturtheorie „den einzelnen nicht verantwortlich für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag“ (MEW 23, 16). Der **formell freie Wille** beschäftigt sich damit, die Teilnahme des Individuums an der Ökonomie als aus seinen Motiven und seinen Meinungen über die Ökonomie zu begründen. Er assimiliert sich subjektiv das von ihm vorgefundene objektive gesellschaftliche Geschehen und betrachtet es als Fleisch von seinem Fleisch. Im „Großen“ (z.B. in der Wirtschaft) würden die gleichen Motive herrschen wie im „Kleinen“ (im privaten Alltag). Bei Krysmanski (2011, 179) ist es die „Gier“, die zum Charakteristikum der „Gier-Gesellschaft“ wird. Der Handlungstheorie liegt diese Verkehrung zugrunde.

Bei den Strukturen der Gesellschaftsformationen haben wir es mit bestimmten sozialen Sachverhalten zu tun, die sich zwar in sinnhafte Erwartungen und andere bedeutungsvolle Bewusstseinsinhalte umsetzen, selbst aber keine darstellen. **Gesellschaftsformen sind nicht als Ausdruck von Weltanschauungen oder von kollektiven Mentalitäten zu begreifen.** „Der Kapitalismus z. B. ist nicht Unternehmensgeist + Profitgier + protestantische Ethik usw., sondern ein Ensemble von gesellschaftlichen Verhältnissen“ (Sève 1973, 262). (Zur Kritik an Webers „protestantischer Ethik“ vgl. Steinert 2010, Creydt 1997). Eine „unmittelbar sichtbare und denkbare Übereinstimmung zwischen [...] dem konkreten Individuum und dem Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (ebd.) fehlt. Gerade diese Übereinstimmung fingiert die Handlungstheorie. Sie bildet deshalb auch ein zentrales Moment der gegenwärtig vorherrschenden Deutungsangebote in Sachen Gesellschaftsdiagnose.

Das personalisierende Denken ist mit der Suche nach Schuldigen verschwistert. Weder nichtintendierte „Neben“effekte ihres Handelns (vgl. Anm. 9) noch deren Vernetzung kommen dieser Auffassungsweise in den Blick. Die Mitglieder der modernen bürgerlichen Gesellschaft gelten als Subjekte ihres Tuns und werden für „ihre“ Erfolge bzw. Misserfolge individuell verantwortlich gemacht. Das bürgerliche Individuum sieht überall Subjekte am Werk, böse und gute, schwache und starke, geschickte und ungeschickte. **Das kleine bürgerliche Individuum projiziert seine Vorstellung von Freiheit und Subjektstärke auf die großen bürgerlichen Individuen.** Es merkt, wenn es ehrlich ist, wie wenig von ihm abhängt. Die „Eliten“ aber seien souverän.

Nichts mag das Individuum, das Subjekt sein soll, weniger, als mit einer gesellschaftlichen Realität zu tun haben, die sich seiner Auffassungsgabe entzieht. Das eigene Unvermögen, sich einen Reim auf das Geschehen zu machen, wird als narzisstische Kränkung wahrgenommen. Da hilft die

Diagnose mächtiger Strippenzieher ungemein. Nun „weiß“ das kleine Individuum wieder, „was gespielt wird“. Und es gehört dann zu denjenigen, die in die Geheimnisse der geheimen Netzwerke, die alles lenken, sowie der Eliten, die insgeheim herrschen, eingeweiht sind – wenigstens ein bisschen. Man hat keine Ahnung, aber weiß Bescheid. Oder: Man hat viele Ahnungen und lässt es bei social fiction bewenden.

Die Akzeptanz der gegenwärtigen Zustände durch die Bevölkerungsmehrheit denkt sich Krysmanski wie folgt: Die Geldeliten kaufen sich die Medien und Medienleute und sorgen auf diesem Weg dafür, dass die Affirmation der bestehenden Gesellschaft im Bewusstsein dominiert. Eine zugleich angemessenere und mehr Kopfzerbrechen erfordern Herangehensweise erklärt das Selbst- und Weltverständnis der Individuen aus den ihm zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturen und Formen – vgl. Marx' Analyse der **Bewusstseinsformen** in seiner ‚Kritik der Politischen Ökonomie‘ (Warenfetisch, Geldfetisch, Lohnfetisch, Kapitalfetisch). „Es ist [...] nicht der Mensch, der sich selbst über die Realität täuscht, es ist die Realität, die ihn dadurch täuscht, dass sie unvermeidlich in einer Form erscheint, die sich dem spontanen Bewusstsein der in der Geschäftswelt lebenden Menschen auf verdrehte Weise zeigt und verbirgt“ (Godelier 1977, 170).

Krysmanskis Buch beruht last not least auch auf den folgenden zwei Fehlern. (Ich knüpfe für ihre Darstellung an den zweiten Absatz von Abschnitt 6 an.) Eine zentrale Bedingung der Überwindung des vertikalen Gegensatzes (z.B. zwischen dem Kapital und den von ihm Abhängigen) liegt in den Veränderungen auf der horizontalen Ebene – also z. B. zwischen verschiedenen Belegschaften und Professionen, zwischen Produzenten und Kunden. (Vgl. Creydt 2014, 2016). Davon sehen häufig diejenigen ab, die sich auf die Kritik an Macht und Herrschaft konzentrieren und diese pseudokonkret (d.h. nicht nur als isolierbares Faktum, sondern als letztendliche Ursache aller gesellschaftlichen Übel oder als Ursünde der Menschheit) bekämpfen wollen. Ein weiterer Fehler zu kurz greifender Kapitalismuskritik liegt in folgendem beliebten Vorgehen: Dem Modell der Marktwirtschaft, das noch keinen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital enthält, entspricht ein bestimmter Begriff von **Gerechtigkeit**. Diese rechtliche Gleichheit und Freiheit der Marktteilnehmer wird häufig als Grundlage aufgefasst, die es legitimiere, faktisch anzutreffende Ungleichheiten in der Gesellschaft als Verletzung von Gerechtigkeit anzuklagen. (Zur Kritik daran vgl. Creydt 2005.) Diese Auffassung ignoriert, dass gerade sowohl in der allgemeinen Warenzirkulation als auch in der rechtlichen Gleichheit und Freiheit der Marktteilnehmer Trennungen und Gegensätze zwischen ihnen sowie Abstraktionen stecken, die die Verselbständigung des Reichtums gegen die Marktteilnehmer fördern (vgl. Kapitel 1- 4 des ersten Bandes von Marx' ‚Kapital‘).

9) Erkenntnisarbeit vs. Sich-Berufen auf „Evidenzen“

Krysmanski verlässt sich auf Pseudoevidenzen für seine Thesen und gibt zu Protokoll, dass ihm der **Grund** fremd ist, **der Wissenschaft allererst not-wendig macht**. Die Phänomene erscheinen oft nicht nur anders als sie sind, sondern ihrer wirklichen „Natur“ entgegengesetzt. Dem Alltagsverstand liegt es nahe anzunehmen, die Sonne drehe sich um die Erde. Krysmanskis kumpelhafte Tour, sich beim Alltagsverstand lieb Kind zu machen, verdirbt auch seine Sprache. „Der vage Ausdruck erlaubt dem, der ihn vernimmt, das ungefähr sich vorzustellen, was ihm genehm ist und was er ohnehin meint. Der strenge erzwingt Eindeutigkeit der Auffassung, die Anstrengung des Begriffs, deren die Menschen bewusst entwöhnt werden, und mutet ihnen vor

allem Inhalt Suspension der gängigen Urteile, damit ein sich Absondern zu, dem sie heftig widerstreben. [...] Schlamperei, das mit dem vertrauten Strom der Rede Schwimmen, gilt für ein Zeichen von Zugehörigkeit und Kontakt“ (Adorno 1976, 128).

Krysmanski versichert seinen Lesern mit seiner Autorität („Wissens-Elite“), dass die dem Alltagsverstand zur Verfügung stehenden Begriffe und die ihm üblichen Vorstellungen von Gesellschaft vollkommen ausreichen, um sie zu „durchschauen“.¹⁴ Während jede andere Wissenschaft denjenigen, die sich in sie einarbeiten, abverlangt, ihre vorwissenschaftlichen Vorstellungen vom Gegenstand der Wissenschaft zu überwinden und entsprechende Denkweisen zu verlernen, halten Autoren wie Krysmanski dies bei Gesellschaftswissenschaft für nicht erforderlich. Die Rochade funktioniert so: Der Professor für Soziologie denkt wie jemand, der keine Gesellschaftstheorie braucht. „Wissenschaftliche“ Bestätigung durch Krysmanski erfahren diejenigen, die sonst nichts wissen, aber die allergrößte Gewissheit über folgende Thesen haben: „Geld regiert die Welt“, die „Superreichen“ „kaufen“ sich die Politiker, die Fachleute und die Medien. „Die da oben machen, was sie wollen“ und „ziehen die Fäden“ auf Kosten der „kleinen Leute“. „Die Strippenzieher stecken alle unter einer Decke.“

Häufig formuliert Krysmanski wie ein Journalist, der statt Argumente **vermeintliche Evidenzen** bemüht, die der „Kenner“ der Szene den normalen Leuten voraus habe. Mehr begreifen als der Alltagsverstand muss der Reporter nicht, aber so tun, als eröffne er ersterem den Blick „hinter die Kulissen“. Originalton Krysmanski: „Das Wort von der Refeudalisierung taucht heute oft auf, wenn diese extreme Ungleichheit, dieses Geflecht von Korruption und Raffgier, von hinter den Kulissen agierenden Kräften, die in keiner Weise demokratisch legitimiert sind, beschrieben werden soll. Wer sich ansieht, wie sich Bill Gates, Friede Springer oder Liz Mohn, die Bushs, die Kennedys oder auch die Clintons, wie sich die arabischen Ölmilliardäre und alle zusammen z. B. an Orten wie der Cote d’Azur aufführen, kommt zu dem Schluss: Sie agieren wie Aristokraten in ihrer dekadenten Phase im 18. Jahrhundert“ (Krysmanski 2011, 174). Krysmanski gibt den Insider, der den Lesern suggeriert, er wisse Bescheid, wie sich Friede Springer und Bill Gates an der Cote D’Azur „aufführen“. Der Leser hat da so seine Vorstellungen, der Journalist beglaubigt sie mit der Ich-war-dabei-Attitüde. Damit ist aber bei Krysmanski noch nicht Schluss. Impressionen, die man an der Cote d’Azur haben kann oder auch nicht, also etwas Zufälliges, werden ihm zum Beleg für eine Diagnose, die die gesamte Gesellschaft und ihr zentrales Charakteristikum betrifft: „Aristokraten“ betreiben „Refeudalisierung“ in einer „dekadenten Phase“ der Gesellschaft.

Krysmanski kommt wieder und wieder in seinem Buch auf die Größe der **Jachten** zu sprechen, die die Reichen besitzen. Er teilt mit, wie er ihren Wert zu ermitteln und ihre Eigentümer ausfindig zu machen versucht. Freimütig bekennt Krysmanski: „Ich bin ein Hobby-Spezialist für die Megajachten-Szene geworden. Wenn man sich anschaut, was diese Jachten kosten, schlackern einem buchstäblich die Ohren“ (Ebd., 178). Unfreiwillig gibt er die subalterne Mentalität zu Protokoll, die vom Protz so sehr fasziniert ist, dass dieser das Zentrum seiner Aufmerksamkeit okkupiert.

10) Krysmanski und die Rechten

¹⁴ Mit Krysmanskis Vorgehen ist auch sein Rezensent Richard Sorg (2006) völlig einverstanden. Die kritisierte Herangehensweise findet sich auch bei noch heute populären „Radikallinken“ wie Trampert und Ebermann. Günther Jacobs Analyse (1996) dazu bleibt aktuell und lesenswert.

Wer sich den Versandkatalog des großen rechts-esoterischen Kopp-Vertriebs ansieht, findet dort auf den wenigen Politikseiten ein halbes Dutzend Bücher über „die (un)heimliche Macht der elitären Netzwerke“ (z. B.: Joseph Plummer: Geheime Machtstrukturen). Gewiss würde selbst ein „richtiger“ Gedanke nicht dadurch „falsch“, dass ihm die „falschen“ Leute beipflichten. Allerdings fragt sich, wie sich Krysmanskis These vom Regime der Geldelite von den Vorstellungen unterscheidet, die von der Herrschaft des „raffenden“ über das „schaffende Kapital“ ausgehen? Wo wird Krysmanskis Argumentation verfälscht, wenn Rechtsextreme sein Buch empfehlen?¹⁵ Ist es das Resultat von Missbrauch oder von gemeinsamen inhaltlichen Schnittmengen, wenn Björn Höcke gegen die „Globalisten“, den „Geldmachtkomplex“ (!) und die „kleine Geldmachtelite“ (!) agitiert – so geschehen in der im Januar 2018 veröffentlichten AfD-Zeitung „Alternative Gewerkschaft“ (Vgl. dazu <https://www.diss-duisburg.de/2018/07/den-sozialistischen-auftrag-uebernehmen/>)? Warum benutzt Krysmanski mehrfach einen Begriff wie „Plutokratie“ (2011, 118, 162, 268f.)?

Rechte sehen in Publikationen wie von Krysmanski Belege für ihr spezielles Bewusstsein. Es nimmt sich mit seinem „Misstrauen den Weg zu einer sachlichen Beurteilung“ des Geschehens (Kudera, Mangold, Ruff u. a. 1979, 282). Das Misstrauen erlaubt dem „**irrational-distanzierten Bewusstsein**“ „nicht, mehr zu sehen, als dass es in der Politik nicht so zugeht, wie er (der Anhänger dieses Bewusstseins – Verf.) sich vorstellt, dass es sein sollte“ (Ebd., 283). Dem „Irrational-Distanzierten“ erscheinen sämtliche Politiker als ein „korrupter Haufen“ (Ebd.), die „ihre politische Macht lediglich als Pfründe ansehen, anstatt, wie es sich für einen ‚sauberen Staatsmann‘ gehört, sich für das ‚Ganze‘ aufzuopfern und sich Einschränkungen zugunsten des Allgemeinwohls aufzuerlegen, die dem Volks als selbstverständlich abverlangt werden“ (Ebd., 283f.). Diese nebulöse Vorstellung eines ‚sauberen‘ und ‚guten‘ Staates oder von „Eliten“ im Dienste der „Massen“ („dem Volke dienen“) bildet das positive Ideal, an das das irrational-distanzierte Bewusstsein zwar nicht „glaubt“, das ihm aber implizit vorschwebt. Es bildet das schwache Gegenteil zum Negativbild, dem Wirtschaft und Politik als „Milieu absoluter Korruption“ (Krysmanski 2004,17) gelten. Die ganze Sphäre von Politik und Wirtschaft erscheint dem irrational-distanzierten Bewusstsein als so dubios, dass es sich gar nicht näher mit ihr beschäftigen mag und sich vom „schmutzigen Geschäft“ guten Gewissens distanziert. Das irrational-distanzierte Bewusstsein bezieht sich auf die Politik nicht im Modus der Reflexion, sondern im Modus „eines moralisch sich gebenden, durch Ressentiments bestimmten Sich-Ereifers“. Das ist zugleich die Form des Engagements, die dieser Typus aufbringt. Er zieht sich zurück und schimpft“ (Kudera, Mangold, Ruff u. a. 1979, 285). Es sei denn, es gibt eine Partei wie die AfD, die sich vermeintlich gegen den ganzen Politbetrieb stellt. Ihre Praxis besteht dann darin, die Ressentiments und unverarbeiteten Aggressionen zur Sprache zu bringen, nicht aber, um sie zu therapeutisch zu bearbeiten, sondern um diesen verdrängten und verdrucksten Emotionen öffentliche Bestätigung und Ausdruck zu geben.

11) Vormoderne Denkweisen

¹⁵ Zu rechtsradikalen Sympathien für Krysmanski vgl.

1) <https://sachedesvolkes.wordpress.com/2012/03/06/deutschland-in-den-unwagbarkeiten-der-systemkrise-ein-orientierungsversuch/>

2) <http://korrektheiten.com/2010/09/24/hans-jurgen-krysmanski-hirten-wolfe/#more-5601>

Wenn im Märchen „Peterchens Mondfahrt“ der Maikäfer Herr Sumsemann zusammen mit den Menschenkindern Peter und Anneliese zum Mond fliegt, um von dort sein verlorengangenes sechstes Beinchen zu holen, erfreut das jung und alt. Gingen Naturwissenschaftler noch heute von einem Weltbild aus, in dem die Sonne um die Erde kreist, wäre die ablehnende Reaktion gewiss. Bei der Analyse der Gesellschaft existiert im Publikum weit weniger Bewusstsein dafür, welche Denkformen ihrem Gegenstand gegenüber unangemessen sind. Irgendwie zur Gesellschaft kritisch eingestellte Menschen nehmen den *Anspruch* einer Literatur, die damit wirbt, sich „kritisch“ zum jeweiligen Thema zu positionieren, für die *Tat*. Solchen Lesern wird bspw. nicht zum Problem, dass Krysmanski ausgerechnet bei der modernen kapitalistischen Gesellschaft mit aller Selbstverständlichkeit davon ausgeht, sie verfüge über eine Spitze und ein Zentrum. Schon Krysmanskis Modell der „Ringburg“ erinnert eher an ein kleines mittelalterliches Fürstentum, in dem es nur eine Burg gibt, aber dafür viele Ritter, Landsknechte und Pfaffen, die sie in verschiedenen Verteidigungsringen bewachen und schützen. In Krysmanskis Rede vom „Gottesgnadentum“ wird der Wille zur Ignoranz explizit. Nur für jemand, der erst gar nicht auf die Idee kommt, es sei erforderlich, die konstitutiven Bedingungen der Möglichkeit, des Wirklichwerdens und Mächtigbleibens einer vermeintlichen „Geldmachtelite“ zu erklären, hat die Zuschreibung Sinn, bei letzterer handele es sich um „Gottesgnadentum“. Krysmanski erhebt das von ihm Unbegriffene (und in *seinem* Denkhorizont Unbegreifbare) zu etwas, das sich selbst verursacht. Er betrachtet die „Geldmachtelite“ und ihr „Gottesgnadentum“ als eine Substanz, die allem anderen zugrunde liegt und alles lenkt, und zugleich den Ursprung sowohl ihres Zustandekommens als auch Fortbestehens bildet. Sie wird damit zu einem Äquivalent für Gott, der als „Ursprung gebender, selbst aber ursprungsloser Ursprung aller Wirklichkeit“ gilt (Kasper 1982, 183). Strukturhomolog dazu ist Krysmanskis Erklärung der Gesellschaft aus der Macht eines ihr vorgeordneten autonomen Supersubjekts. Vormoderne Denkmodelle zur geistigen Grundlage für den Kampf gegen die moderne kapitalistische Gesellschaft zu erheben gleicht dem Vorhaben, mit einem Denkhorizont von „Peterchens Mondfahrt“ an die Raumfahrt heranzugehen.

Schluss

Krysmanski setzt sich erst gar nicht mit Phänomenen auseinander, die seinen steilen Thesen widersprechen. Wir haben einige davon benannt. Eine empirische Analyse gewichtet die Phänomene und setzt sie zu anderen Phänomenen ins Verhältnis. Anders Krysmanski: Er nennt *für* seine Thesen jeweils illustrierende Beispiele, ohne auch nur zu versuchen, sich von ihrem Ausmaß und Stellenwert Rechenschaft abzulegen. Das ist so, als ob man alarmistisch die Zahl der 150-200.000 an Windrädern getöteten Vögel pro Jahr in Deutschland zum Beleg für die Schädlichkeit dieser Anlagen nimmt und zugleich verschweigt, dass jährlich 18 Millionen Vögel an Glas ums Leben kommen (vgl. <http://www.bund-rvso.de/vogelsterben-ursachen.html>).

Krysmanskis Duktus erinnert an einen Jahrmarktschreier, der sich an aufmerksamkeitsheischende Superlative gewöhnt hat. Unter „Gottesgnadentum“ oder dem „Milieu absoluter Korruption“ (Krysmanski 2004, 17)¹⁶ macht er es nicht. Krysmanski verbreitet Vorstellungen von Gesellschaft, in denen gesellschaftliche Strukturen und ökonomische Gesetze (z.B. zur Erklärung von Wirtschaftskrisen) keine Rolle spielen. Er deutet Gesellschaft anthropomorph. Der zugrundeliegende Vorstellungshorizont entspricht einer mittelgroßen Gemeinschaft, in der einige

¹⁶ „Das durchaus benennbare Personal dieser ‚Ringburg‘ – im Kern wenige Tausende, im Außenring einige Millionen – operiert zunehmend in einem Milieu absoluter Korruption“ (Krysmanski 2004, 17).

„Alphatiere“ sich eine Gefolgschaft gefügig machen und zusammen mit ihr den Rest manipulieren.

Literatur:

- Adorno, Theodor W. 1976: *Minima Moralia*. Frankfurt M.
- Adorno, Theodor W. 1979: *Soziologische Schriften*. Bd. 1. Frankfurt M.
- Altvater, Elmar 1975: Wertgesetz und Monopolmacht. In: *Argument-Sonderbd. 6, Zur Theorie des Monopols*. Berlin
- Autorenkollektiv des Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED 1968: *Imperialismus heute – Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland*. Berlin DDR
- Behrens, Martin 2011: *Das Paradox der Arbeitgeberverbände. Von der Schwierigkeit, durchsetzungsstarke Unternehmensinteressen kollektiv zu vertreten*. Berlin
- Bleicher, Friedemann 1982: Wohnen als Geschäft. Vom Unglück, daß die Wohnung ihren Gebrauchswert nur als Leihkapital entfalten kann. In: *Kommunismus und Klassenkampf*¹⁷, 10. Jg., H. 2, S. 18-51
- Creydt, Meinhard 1997: Protestantische Ethik als gesellschaftlicher ‚Weichensteller‘? Zur Kritik an M. Webers pluralistischer Interdependenztheorie. In: *Das Argument*, Nr. 222
- Creydt, Meinhard 2005: Das Elend der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit als normatives Pendant sozialen Elends. In: *Streifzüge*, Nr. 34. Wien <http://www.meinhard-creydt.de/archives/20>
- Creydt, Meinhard 2014: *Wie der Kapitalismus unnötig werden kann*. Münster
- Creydt, Meinhard 2015: *Der bürgerliche Materialismus und seine Gegenspieler. Interessenpolitik, Autonomie und linke Denkfallen*. Hamburg
- Creydt, Meinhard 2016: *46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft. Erfahrungen, Analysen, Vorschläge*. Münster
- Creydt, Meinhard 2019: *Was kommt nach dem Kapitalismus?* Hg. von Helle Panke/RLS Berlin (Nr. 57 der Reihe „Philosophische Gespräche“). Berlin
- Eberle, Friedrich 1981: *Intentionales Handeln und gesellschaftliche Entwicklung*. Frankfurt M.
- Godelier, Maurice 1970: *System, Struktur und Widerspruch im ‚Kapital‘*. Berlin
- Godelier, Maurice 1977: *Perspectives in Marxist Anthropology*. New York
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: *Werke in zwanzig Bänden*. Hg. v. Eva Moldenhauer, Karl Markus Michel. Frankfurt M. 1970
- Holloway, John 1993: Reform des Staates: Globales Kapital und nationaler Staat. In: *Prokla*, Nr. 90
- Jacob, Günther 1996: Self-fulfilling prophecy. Popmoderne Politik, Retro-Moden und radikale Linke. In: *Special*, Nr. 103. Hannover http://rote-ruhr-uni.com/texte/jacob_self_fullfilling_prophecy.shtml
- Jürgens, Ulrich 1990: Entwicklungslinien der staats-theoretischen Diskussion seit den siebziger Jahren. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage von „Das Parlament“ vom 23.2.
- Kannankulam, John 2009: Zur westdeutschen Staatsableitungsdebatte der siebziger Jahre. Hintergründe, Positionen, Kritiken. In: *Associazione delle talpe, Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen 2009: Staatsfragen – Einführung in die materialistische Staatskritik, RLS-Papers*, S. 42-58 http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/Staatsfragen_0911t.pdf
- Kasper, Walter 1982: *Der Gott Jesu Christi*. Mainz
- Klößner, Michael 2014: Die diskrete Macht der Bilderberger. In: Andreas Anton, Michael Schetsche, Michael Walter (Hg.): *Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens*. Wiesbaden
- Koczyba, Hermann 1979: *Widerspruch und Theoriestruktur*. Frankfurt M.
- Krais, Beate 2001: Die Spitzen der Gesellschaft. In: Beate Krais (Hg.): *An der Spitze*. Konstanz
- Krämer, Ralf 2004: Informationsrente. In: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6 II. Hamburg
- Krämer, Ralf 2017: Wertschöpfung und Mehrwertaneignung in der Digitalen Ökonomie. In: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 110 <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/3172.wertschoepfung-und-mehrwertaneignung-in-der-digitalen-oekonomie.html>
- Krätke, Michael 1998: Wie politisch ist Marx' Politische Ökonomie. In: *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, H. 34, 9. Jg.
- Krumbein, Wolfgang; Fricke, Julian; Hellmer, Fritz; Oelschlägel, Hauke 2014: *Finanzmarktkapitalismus? Zur Kritik einer gängigen Kriseninterpretation und Zeitdiagnose*. Marburg

¹⁷ Bleichers Text, veröffentlicht kurz vor der Einstellung der Zeitschrift, unterscheidet sich wohltuend ums Ganze vom vorher in ihr Üblichen und ist auch heute noch lesenswert.

- Kudera, Werner; Mangold, Werner; Ruff, Konrad; Schmidt, Rudi; Wentzke, Theodor 1979: Gesellschaftliches und politisches Bewusstsein von Arbeitern. Eine empirische Untersuchung. Köln
- Krysmanski, Hans Jürgen 2004: Herrschende Klasse Revisited. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 15. Jg., Nr. 57
- Krysmanski, Hans Jürgen 2000: Wer die Fäden zieht.¹⁸ Interview mit Krysmanski bei Telepolis vom 29.12.2009
- Krysmanski, Hans Jürgen 2011: Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen. Münster. Dritte erweiterte und überarbeitete Auflage
- Krysmanski, Hans Jürgen 2012: 0,1% – Das Imperium der Milliardäre. Frankfurt M.
- Mandel, Ernest 1972: Marxistische Wirtschaftstheorie. Bd. 2. Frankfurt M.
- MEW = Marx, Karl; Engels, Friedrich: Werke. Berlin (DDR) 1956 ff
- Paschukanis, Eugen B. 1929: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Wien, Berlin
- Post, Charles 2007: Der Mythos der Arbeiteraristokratie. In: Sozialistische Hefte, Nr. 14. Köln
- Sandleben, Guenther 2011: Politik des Kapitals in der Krise. Hamburg
- Sandleben, Günter 2012: Mythos Bankenmacht. In: Junge Welt 29.5.2012
- Sandleben, Günter; Schäfer, Jakob 2013: Apologie von links. Zur Kritik gängiger linker Krisentheorien. Köln
- Sandleben, Guenther 2013: Kapitalismus in der Wohnungswirtschaft. Unveröffentlichter Text
- Saß, Peter 1978: Das Großkapital und der Monopolprofit. Industrielle Unternehmensgröße und Profitrate in der BRD. Hamburg
- Schimank, Uwe 1983: Neuromantischer Protest im Spätkapitalismus. Bielefeld
- Sève, Lucien 1977: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt M.
- Sorg, Richard 2005: Die Reichen und Mächtigen (Rezension Krysmanski). In: Utopie kreativ, Nr. 180
- Steinert, Heinz 2010: Max Webers unwiderlegbare Falschkonstruktionen. Frankfurt M.
- Wendl, Michael 2013: Machttheorie oder Werttheorie. Hamburg
- Wirth, Margaret 1973: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Prokla Nr. 8/9

¹⁸ Ein Autor bekommt – auch bei Telepolis – das Interview inklusive Überschrift vor Veröffentlichung vorgelegt. Die Frage in der Überschrift ist keine Verkürzung von Krysmanskis Anliegen, sondern bringt es auf den Punkt.